Wilfried Hinsch, Daniel Eggers

Einleitung

Der vorliegende erste Band der Edition Wissenschaft & Demokratie ist eine Veröffentlichung des *Wissenschaftsforums zu Köln und Essen*. Er geht auf einen Workshop im März 2018 in Essen zurück. Das 2016 in Köln gegründete Wissenschaftsforum soll dem freien Austausch und der Selbstverständigung von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik dienen. Universitäten müssen sich, so unsere Überzeugung, neben den Akademien und Forschungsorganisationen mit der für sie charakteristischen Stimmenvielfalt an den kontroversen und gesellschaftlich zunehmend wichtigen Debatten beteiligen.

Die Edition Wissenschaft & Demokratie ist eine neue Reihe des Walter de Gruyter Verlages, in der Ergebnisse – und Zwischenergebnisse – der Diskussionen im Wissenschaftsforum veröffentlicht werden. Sie ist darüber hinaus für alle offen, die sich mit Beiträgen und neuen Ideen zu Problemen im Verhältnis von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik zu Wort melden wollen. Die einzelnen Bände sind als Taschenbücher im Buchhandel erhältlich. Sie werden außerdem im *Open Access* auf den Webseiten des Verlags (www.degruyter.de) und des Wissenschaftsforums (www.wissenschaftsforum.uni-koeln.de) kostenlos zugänglich sein.

Gedankliche Klarheit, eine verständliche Sprache und innovative praktische Perspektiven sind naheliegende Anforderungen an eine Buchreihe mit wissenschaftspolitischen Ambitionen. In einem von *Science and Technology Studies*, Luhmann'scher Systemtheorie und Foucault'scher *Gouvernementalität* geprägten Diskurs über die Wissenschaft sind sie jedoch nicht selbstverständlich. Ohne das Bemühen, sie zu erfüllen, erscheint es freilich von vornherein vergeblich, in praktischer Absicht über Wissenschaft und Demokratie zu beraten.

Die politische Ethik der Demokratie beruht darauf, dass Menschen vernunftbegabte und erkenntnisfähige Wesen sind und dass sie grundsätzlich über alle für eine gerechte Gesellschaft nötigen Anlagen und Fähigkeiten verfügen. Ohne diese Annahme würde das Ideal einer politischen Gesellschaft von Freien und Gleichen kaum einleuchten. Die Vorstellung kollektiver Selbstbestimmung erschiene ohne den Glauben an eine in hinreichendem Maße von vernünftigen Erwägungen geleitete demokratische Öffentlichkeit eigentlich bodenlos.

Für moderne, durch Wissenschaft und Technik geprägte Gesellschaften konkretisiert sich die Vorstellung einer von „vernünftigen“ Erwägungen geleiteten Öffentlichkeit im Sinne einer „wissenschaftlich informierten“ Öffentlichkeit. Dies bedeutet nicht, dass im Lichte der Erfolge der empirischen und historischen Wissenschaften in den vergangenen 300 Jahren nur mehr empirisch-wissen-

schaftliche Erkenntnisse vernünftig wären. Die Entwicklung der normativen Disziplinen und insbesondere der Gerechtigkeitstheorie seit Ende des Zweiten Weltkriegs zeigt, dass Werturteile und Normvorstellungen nicht grundsätzlich anders als empirisch-wissenschaftliche Aussagen einer rationalen Begründung und Überprüfung zugänglich sind. Und natürlich gibt es nicht-wissenschaftliche Einsichten und Wissensformen (technische Fähigkeiten, Faustregeln, lokales Wissen, ethische Überzeugungen, ästhetische Bewertungen), die vollkommen vernünftig, rational begründet und im Übrigen praktisch verlässlich sind.

Die Notwendigkeit einer „wissenschaftlich informierten“ Öffentlichkeit ergibt sich daraus, dass in der Welt, in der wir leben, ein großer Anteil der vernünftigen Erwägungen, die für Fragen der politischen Gerechtigkeit und des Gemeinwohls relevant sind, in der einen oder anderen Form auf wissenschaftlich begründeten Erkenntnissen beruhen.

Aus diesem Grund führen mangelnde Vertrautheit mit der Wissenschaft und ein Mangel an Verständnis für wissenschaftliche Denk- und Arbeitsweisen in der Öffentlichkeit nicht nur zu Problemen für die Wissenschaft und ihre Einrichtungen. Sie stellen auch die Überzeugungskraft des Ideals demokratischer Selbstbestimmung in Frage. Demokratische Gleichheit kann nicht bedeuten, dass die Unwissenheit des einen ganz genauso gut ist wie das Wissen der anderen, wie schon der russisch-amerikanische Biochemiker und *Science Fiction* Autor Isaac Asimov in seiner Diagnose eines vermeintlich demokratischen „Kultes der Ignoranz“ in den Vereinigten Staaten Anfang der 1980er Jahre kritisch anmerkte. Die Probleme beginnen mit der fehlenden Bereitschaft, in einzelnen Bereichen die Existenz wissenschaftlicher Expertise anzuerkennen und zur Grundlage des eigenen Handelns zu machen, etwa wenn es um Vorsorgeimpfungen gegen Epidemien geht oder um emissionsarme Technologien zur Eindämmung des Klimawandels; und sie reichen bis zum vollständigen Vertrauensverlust in wissenschaftliche Erkenntnis und zur grundsätzlichen Infragestellung des Unterschieds zwischen Tatsachen und Täuschungen.

Religiöser Fundamentalismus, ein amtierender US-Präsident, der den gefährlichen Klimawandel leugnet und *Fake News* im Internet sind bedrohliche Phänomene und geben gewiss Grund zu mehr als gelegentlicher Besorgnis. Wissenschaftskritische und rationalitätsfeindliche Überzeugungen und Einstellungen sind weithin verbreitet, nicht nur unter vermeintlich Ahnungslosen vor den Toren der Wissenschaft, sondern bis in die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten und Institute hinein.

Es ist allerdings nicht ausgemacht, dass das Vertrauen in die Wissenschaft in Deutschland und anderswo tatsächlich schwindet. Umfrageergebnisse und auch die steigende Nachfrage nach wissenschaftlicher Politikberatung sprechen eher dagegen, wie Krista Sager und Gert G. Wagner in ihrem Beitrag herausstellen.

Unabhängig davon jedoch, ob ein radikaler Vertrauensverlust tatsächlich eingetreten ist oder nicht, muss die Wissenschaft reagieren.

Erstens muss sie ihre Vertrauenswürdigkeit sicherstellen und sich diesbezüglich um ein angemessenes Selbstverständnis bemühen. Vertrauen ist nichts qualifikationslos Gutes und Misstrauen oft durchaus angebracht, erst recht, wenn hohe soziale Positionen und viel Geld im Spiel sind. Anstatt sich daher auf das Vorhandensein oder Nichtvorhandenen faktischen öffentlichen Vertrauens zu fokussieren, tut die Wissenschaft gut daran, ihre Bestrebungen auf ihre Verlässlichkeit als Mittel der Wahrheitssuche und Grundlage individueller und kollektiver Entscheidungen zu konzentrieren. Dazu gehört, zweitens, dass Vertrauenswürdigkeit medial *kommuniziert* werden muss, damit der Wissenschaft – ein kostspieliges und mächtiges Unternehmen – eben das öffentliche Vertrauen entgegengebracht wird, das sie verdient. Drittens muss sich die Wissenschaft stärker für Bürgerinnen und Bürger *öffnen* und ihnen die Möglichkeit bieten, direkte Erfahrungen mit wissenschaftlicher Arbeit zu machen und ggf. eigene Beiträge zu leisten.

Diese drei variabel kombinierbaren Ansatzpunkte bilden den Rahmen, in dem sich die Beiträge des vorliegenden Bandes bewegen. Die in den einzelnen Kapiteln angestellten Überlegungen gehen auf Diskussionen unter den Beteiligten im März 2018 in Essen und im Juni 2019 in Berlin zurück. Wir haben uns nicht darum bemüht, irgendeine Form von Konsens für die gemeinsame Veröffentlichung zu erreichen. Trotz vielfältig divergierender Einschätzungen und Bewertungen zeichnet sich jedoch eine Reihe von Konvergenzpunkten ab, von denen einige von besonderem Interesse sind, weil sie erkennen lassen, wo weiterer Diskussionsbedarf besteht. Wir formulieren sie hier als Thesen, ohne damit zugleich die anderen Autorinnen und Autoren des Bandes festlegen zu wollen, die das eine oder andere gewiss anders sagen würden.

(I) Es ist sinnvoll, aber nicht ausreichend, die ideelle und faktische Autorität der Wissenschaft durch medienwirksame Ereignisse wie *Marches of Science* oder gezieltere *Public Relations* von Universitäten und Forschungseinrichtungen öffentlich zur Geltung zu bringen. Weit über beides hinaus besteht mit Blick auf die gesellschaftliche Rolle und Verantwortung der Wissenschaft ein substanzieller Reflexions- und Orientierungsbedarf. Dieser betrifft ebenso die im engeren Sinne wissenschaftliche Tätigkeit wie ihre Kommunikation nach außen.

(II) Es ist falsch, die Autorität und Vertrauenswürdigkeit der Wissenschaft darin begründet zu sehen, dass sie, anders als Religion, Weltanschauung oder Ethik und Moral, im Besitz unbezweifelbar wahrer Erkenntnisse wäre. Eine Wissenschaft, die zu ihrer Selbstrechtfertigung immerfort „harte“ Fakten bemühen muss und ihren Geltungsanspruch mit vorgeblich unbestreitbaren Wahrheiten untermauern will, untergräbt ihre eigene Basis. Die Offenheit aller Erkenntnis-

prozesse und die prinzipielle Widerlegbarkeit ihrer Ergebnisse gehören zu den konstitutiven Merkmalen von Wissenschaft.

(III) Wissenschaft ist Wahrheitssuche und nicht Wahrheitsbesitz. Die in der Wissenschaftsforschung zunehmend beliebte Rede von „Wissensproduktion“ und „Wissenserzeugung“ ist insofern nicht ohne Tücken. „Produktion“ suggeriert einen hohen Grad an Kontrolle über das produzierte Ergebnis, und wenn in der Wissenschaft das Ergebnis eine wahre Überzeugung sein soll, ist klar, dass es gerade in den am weitesten fortgeschrittenen Bereichen der Wissenschaft diese Art von Kontrolle nicht geben kann.

(IV) Die Autorität der Wissenschaft kann sich statt auf Irrtumsfreiheit und den Besitz der Wahrheit allein auf die Art und Weise stützen, in der sie mit der Fehlbarkeit unseres Erkenntnisvermögens und der Offenheit von Erkenntnisprozessen umgeht. Es gibt auch ohne Berufung auf absolute Gewissheiten erkennbare Unterschiede zwischen gut begründeten und weniger gut begründeten Einsichten und ebenso zwischen Voraussagen, die eintreffen, und solchen, die nicht eintreffen. Es sind die Methoden wissenschaftlichen Begründens und Widerlegens, der Konsistenz- und der Evidenzprüfung, durch die sich Wissenschaft vor anderen Formen der Erkenntnisgewinnung auszeichnet und die ihr eine besondere Autorität und Wirkmächtigkeit verleihen.

(V) Die Verantwortung dafür, das unter den Punkten II bis IV skizzierte Bild einer breiten Öffentlichkeit und der Politik angemessen zu vermitteln, liegt bei der Wissenschaft selbst. Sie muss sich sowohl eigenständig als auch mit Hilfe der Medien um einen erfolgreichen Wissenstransfer bemühen. Zugleich muss sie jederzeit die Grenzen und Bedingungen des Wissenserwerbs kommunizieren und sich gesellschaftlicher, politischer und journalistischer Kritik stellen.

(VI) Wissenschaft ist keine Angelegenheit isolierter, nach Erkenntnis strebender Individuen, sondern eine auf komplexen Regeln beruhende Form sozialer Kooperation. Als eine soziale Praxis setzt sie die Kohärenz, intersubjektive Mitteilbarkeit und Nachprüfbarkeit ihrer Inhalte ebenso voraus wie die Auseinandersetzung mit tradierten oder vorherrschenden Lehrmeinungen und alternativen Auffassungen. Dazu gehören auch institutionalisierte Formen der öffentlichen Rechtfertigung und Kritik von Erkenntnisansprüchen. Im Sinne eines ernsthaften und planmäßigen Erkenntnistrebens müssen Wissenschaftler angeben können, welche Erkenntnisziele sie verfolgen, auf welche Erkenntnisquellen sie sich stützen und durch welche Methoden sie sich der Wahrheit ihrer Erkenntnisse vergewissern.

(VII) Die Punkte IV und VI bieten Ansätze zur Erklärung der Autorität der Wissenschaft und ihrer praktischen Überlegenheit gegenüber anderen sozialen Praktiken. Zusammen genommen laufen sie auf ein weites Wissenschaftsverständnis hinaus, das Wissenschaft nicht länger auf die *Sciences* im Sinne der

mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen einschränkt. Eingeschlossen sind ebenfalls die Kultur- und Sozialwissenschaften und die Moralphilosophie, denn auch sie sind für kohärente Theoriebildungen und Verfahren der Überprüfung und Revision von Erkenntnisansprüchen offen (siehe die Beiträge von Vöneky und von Hinsch und Meyer in diesem Band).

(VIII) Eine angemessene Bestimmung des Verhältnisses von Wissenschaft und Demokratie setzt eine klare Unterscheidung – und womöglich auch institutionelle Abtrennung – zwischen wissenschaftlich begründeten Erkenntnissen auf der einen Seite und demokratisch legitimierten politischen Entscheidungen auf der anderen Seite voraus. Diese Unterscheidung ist vordringlich im Bereich der wissenschaftlichen Politikberatung von einiger Relevanz. Sie erlangt aber bereits im Vorfeld wissenschaftlicher Beratung Bedeutung, wenn es darum geht, neue Formen der wissenschaftlich-politischen Bewältigung der Herausforderungen etwa des Klimawandels oder des Artensterbens zu entwickeln oder den spezifischen Beitrag der Wissenschaft zu ihrer Bewältigung nach außen zu kommunizieren.

(IX) Obwohl die Unterscheidung zwischen der Rolle der Wissenschaft und der Rolle politischer Entscheidungsträger geradlinig und vergleichsweise leicht nachzuvollziehen ist, ist sie in der Praxis mit komplexen Anforderungen verbunden. Diese ergeben sich daraus, dass es erstens auch in der Wissenschaft zu begründeten Meinungsverschiedenheiten kommt, die ihrerseits nicht durch *Abstimmung* aufgelöst werden können, und dass sich zweitens die politische Frage, über welche verbindlichen Regelungen unter welchen Voraussetzungen und zu welchem Zeitpunkt entschieden werden sollte, in vielen Fällen nicht beantworten lässt, ohne auf wiederum kontroverse wissenschaftliche Ergebnisse zurückzugreifen.

Die institutionelle Arbeitsteilung von Wissenschaft und Politik in einer Demokratie lässt sich deshalb nicht in ähnlich gut überschaubarer Weise organisieren wie der Zusammenbau eines Fahrrads: die eine Seite produziert die Laufäder, die andere setzt sie in den Rahmen ein. Was die daraus resultierenden Probleme angeht, besteht nach wie vor ein erheblicher Klärungsbedarf. In Übereinstimmung mit der obigen Unterscheidung verschiedener Ansatzpunkte für die Sicherung eines begründeten Vertrauens in die Wissenschaft gliedert sich der vorliegende Band in drei Teile. Der erste Teil, *Vertrauen & Politik*, widmet sich der Vertrauenswürdigkeit und dem Selbstverständnis der Wissenschaft sowie dem Beitrag, den diese über die wissenschaftliche Politikberatung zur politischen Entscheidungsfindung zu leisten vermag.

Jürgen Zöllner geht der Frage nach, welche Maßnahmen erforderlich sind, um einem Verlust des Vertrauens in die Wissenschaft entgegenzuwirken und deren Vertrauenswürdigkeit öffentlich zu stärken. Auf Seiten der Wissenschaft sieht er

die entscheidenden Schritte in einer Verstärkung der wissenschaftlichen Qualitätssicherung, einer besseren öffentlichen Vermittlung der Bedingungen und damit auch der Grenzen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns sowie im Bemühen um eine verständliche Wissenschaftssprache. Auf Seiten der Politik sei es notwendig, stärker als bisher wissenschaftlich-methodische Kompetenzen in Entscheidungsprozessen institutionell zu verankern und eine Instrumentalisierung der Wissenschaft zu vermeiden.

Die These von *Krista Sager* und *Gert G. Wagner* lautet, dass die Kritik an der Wissenschaft in verschiedenen Kontexten keineswegs einen generellen Vertrauensverlust gegenüber der Wissenschaft anzeige. Im Gegenteil sei sie Zeichen einer gewachsenen politischen Bedeutung der Wissenschaften. Dies zeige sich darin, wie oft in Auseinandersetzungen und politischen Entscheidungsprozessen in der einen oder anderen Weise auf wissenschaftliche Expertise zurückgegriffen werde. Damit seien erhöhte Erwartungen an die Wissenschaft verbunden. Auch werde die Wissenschaft dadurch unvermeidlich in politische Kontroversen hineingezogen. Vor diesem Hintergrund müsse sie sich, so Sager und Wagner, konsequenter als bisher ihrer Rolle in politischen Entscheidungsprozessen stellen, auch müssten klare Leitlinien für die Wissenschaftskommunikation und den Wissenstransfer entwickelt werden. Die Politik sehen sie in der Pflicht, stärker als bisher den durch politische Interessenlagen bedingten Missbrauch wissenschaftlicher Expertise mit Hilfe institutioneller Maßnahmen zu erschweren.

Ausgehend von einem weiten Wissenschaftsbegriff, der ausdrücklich die Ethik und Moralphilosophie einschließt, widmet sich auch *Silja Vöneky*s Beitrag mit einigen grundlegenden Ausführungen dem Feld der wissenschaftlichen Politikberatung. Je nach Adressat (Exekutive, Legislative, Parteien, NGOs, Öffentlichkeit) werden verschiedenen Typen der Beratung unterschieden sowie zum Teil inhaltliche und zum Teil institutionelle Anforderungen an gute wissenschaftliche Politikberatung formuliert. Dazu gehört die Offenheit der Beratungsdiskurse ebenso wie die finanzielle und institutionelle Unabhängigkeit der Beratenden und die Vermeidung von „Ämterhäufungen“ im Kreis der beratenden Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

Der zweite Teil des Buches widmet sich dem Themenfeld *Kommunikation*. In „Wissenschaftsjournalismus zwischen Utopie und Netzpessimismus“ diskutiert *Nicola Kuhr*t die Widrigkeiten, denen sich ein kritischer Wissenschaftsjournalismus heute gegenüber sieht. Sie beschreibt, wie sich das Bild des Wissenschaftsjournalismus über die Jahre gewandelt hat, und konstatiert, dass der Journalist seine Rolle als *Gatekeeper* durch das Internet und *Social Media* mehr und mehr verliere. Kuhr weist die Vorstellung einer ‚redaktionellen Gesellschaft‘ (Pörksen), in der die Bürger ohne einen journalistischen Türwächter auskommen, weil sie selbst Informationen von Pseudoinformationen unterscheiden, als unrealistische

Utopie zurück. Stattdessen plädiert sie für die Rettung des „klassischen Wissenschaftsjournalismus“ und diskutiert als praktische Vorschläge die Bildung journalistischer *Indie-Startups*, die Gründung einer Stiftung für Wissenschaftsjournalismus und die Einrichtung unabhängiger Redaktionsbüros nach dem Vorbild des Science Media Center.

Daniel Eggers verbindet in „Kontrolle ist besser“ sein Votum für einen kritischen Journalismus, der eine Kontrollfunktion gegenüber der Wissenschaft wahrnehme, mit Vorschlägen für eine Neuakzentuierung der Journalistenausbildung. Die Vermittlung rein fachwissenschaftlicher Kompetenzen genüge für einen kritischen Wissenschaftsjournalismus nicht. Zukünftige Wissenschaftsjournalisten müssten gezielt Kompetenzen in den Bereichen der Methodenreflexion und allgemeinen Wissenschaftstheorie erwerben und in die Lage versetzt werden, die ethischen, politischen und ökonomischen Aspekte institutionell organisierter wissenschaftlicher Unternehmungen und Erkenntnisprozesse zu beurteilen. Im Anschluss entwickelt Eggers die These, dass es analog zur Beobachtung des Wissenschaftssystems durch einen kritischen Journalismus auch einer Korrekturfunktion für die Medien durch eine wissenschaftliche Medienkritik und Medienethik bedürfe. Medienethik sei dabei allzu oft Medienapologetik und biete zu selten eine Basis für explizite moralische Bewertungen und konkrete Handlungsorientierung.

Annette Leßmöllmann konstatiert in ihrem Beitrag einen Wandel im Rollenverständnis der Hochschulkommunikation. Sie versteht diese im Sinne der Organisationskommunikation und grenzt sie vom bloßen Hochschul-Marketing ab: Hochschulkommunikation ist nicht nur die Außenkommunikation von Hochschulen, sondern auch die interne Kommunikation innerhalb von Hochschulen. Für Leßmöllmann ist gute Hochschulkommunikation dem Gemeinwohl verpflichtet. Um diesen Anspruch gerecht zu werden, darf sie keine Zielgruppen ausgrenzen und strategische Erwägungen des Hochschul-Marketings nicht über die akkurate und kritische Darstellung von Forschungs- und Wissensständen stellen. Dies könne jedoch nur gelingen, wenn die Kommunikationsabteilungen von Hochschulen die Gesamtorganisation „Hochschule“ mit deren innerer Vielfalt und Vielstimmigkeit hinter sich haben und nicht lediglich auf die institutionellen Interessen der Hochschule festgelegt werden.

Der dritte Teil des Buches widmet sich *Orten offener Wissenschaft* und damit der Beziehung von Wissenschaft und breiter Bevölkerung. Nach einer Auseinandersetzung mit dem Konzept eines *Public Understanding of Science* aus den 1980er Jahren plädieren *Wilfried Hinsch* und *Lukas H. Meyer* und *Maike Weißpflug* und *Johannes Vogel* in ihren Beiträgen mit jeweils anderen Akzenten dafür, den Versuch einer klaren Abgrenzung von Wissenschaft und Öffentlichkeit aufzugeben und stattdessen neue Formen des Zusammenspiels der beiden Bereiche in

Universitäten und Museen zu erkunden. Beide Autorenduos verbinden dabei eine konzeptuelle Neuorientierung mit konkreten Vorschlägen für deren institutionelle Umsetzung.

Hinsch und Meyer sehen Universitätsforen als Orte einer multidisziplinären inner-akademischen Öffentlichkeit. Sie wollen Universitäten die Aufgabe eines *Clearing Houses* für die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Herausforderungen übertragen, wobei die spezifisch inner-universitäre Öffentlichkeit nicht nur Studierende einschließt, sondern um Vertreter anderer gesellschaftlicher Bereiche erweitert wird. Universitäten sollen so zu einer wissenschaftlich informierten und moralisch-politisch aufgeklärten demokratischen Willensbildung beitragen und populistischen Tendenzen in der allgemeinen Öffentlichkeit entgegenwirken.

Weißpflug und Vogel betrachten Museen als Debattenorte, die im Sinne ihres Verständnisses von Offener Wissenschaft bislang ungenutzte Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an wissenschaftlichen Erkenntnisprozessen bieten. Die lange Zeit prägende Modellvorstellung der wissenschaftlichen Welt als einer vom Rest der Welt separierten „Gelehrtenrepublik“ soll durch ein Modell der Koproduktion von Erkenntnissen durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf der einen und Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite ersetzt werden. Sie sehen darin Chancen eines Gewinns nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für eine Verbesserung des öffentlichen Verständnisses für die Vorgehensweisen und Eigenarten wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse.

Dieser Sammelband ist mit der ideellen und praktischen Unterstützung von Personen zustande gekommen, die nicht als Autorinnen und Autoren tätig waren. Genannt seien die weiteren Teilnehmer am Workshop in Essen und die Mitarbeiter der Rektorate in Duisburg-Essen und Köln. Unser Dank gilt auch Wolfgang Rohe von der Stiftung Mercator und Frank Suder von der Fritz Thyssen Stiftung, die nicht nur als Geschäftsführer ihrer Stiftungen involviert waren, sondern auch als wertvolle Ideengeber und Diskussionspartner. Jürgen Zöllner war so freundlich, das „Redaktionstreffen“ der an diesem Band Beteiligten in Berlin im Juni 2019 in den Räumen der Stiftung Charité zu ermöglichen. Ganz besonderen Dank jedoch schulden die Herausgeber Franziska Lutz, die in Köln die gesamte Unternehmung organisatorisch betreut hat und bis zur Fertigstellung des Manuskripts unfehlbar und engagiert dabei war.